



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0886 890

P/XIII/77 - 2. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Bonner Reaktion im Zwielicht "An Ihren Früchten sollt ihr sie erkennen"	67
2a	Brentano als Schrittmacher Francos Verdächtige ausländische Solidarität	50
3	In Erwartung des letzten Kampfes Der Bürgerkrieg in Kuba	37
4	Regierungsfunk durch die Hintertür Gefährdete Überparteilichkeit der Rundfunkstationen	46
5	Sie dürfen nicht vergessen Eine notwendige Erinnerung	37
6 - 7	Recht auf Heimat nicht durch Atomkanonen Vertriebene und Flüchtlinge fordern Neuorientierung der Regierungs- politik Von Richard Kinast MdB	

* * * * *
* *

Bourner Reaktion im Zwielfert

FB.-- Das hat man in Bonn zur Libretto, wie wenn die Tage der Pariser NATO-Konferenz sich wiederholen würden, zu denen der Bundeskanzler den Eindruck zu erwecken verstand, als wenn er in das Lager der Verständigungs-Politiker übergegangen sei. Während es den Vereinigten Staaten der sowjetische Schritt, atomare Versuchsexperimente einseitig einzustellen, fest nur mit der Formel "Propaganda" beantwortet wird und man feststellt, die USA würden ihre für April/Mai vorgesehenen Versuche im Pazifischen Ozean durchführen, bleibt das offizielle Bonn auch an diesem bei seiner ersten Reaktion. Obwohl Washington also weiter auf den abgetroffenen Pfaden des Kalten Krieges wandelt, Paris und London sich kühl verhalten, bleibt Bonn bei der Auffassung, die sowjetischen Vorschläge seien ein ernstes Angebot und es bestehe die Möglichkeit zu einer allgemein kontrollierten Abschaffung der Atomwaffen zu kommen. Ja, nach Auffassung Adenauers könnte in einem solchen Fall auch der Bundesratsbeschluss von 29. März 1958 geschnurlos werden, der die atomare Aufrüstung der Bundeswehr vorsieht.

Aber endlich einmal nach Bonn aus Bonn? Trotzdem soll es sein diese Bourner Reaktion mit Skepsis betrachten. Man hat es schon bei der Pariser NATO-Konferenz schon einmal erlebt, wie man sich einige Tage mit der Sekundung umgibt, dem Auslöcher und der Verständigung des Wort zu reden, es dann in unbesorgter Weise Entgegennahme-Vorschläge vom Tisch zu legen und sich bedingungslos amerikanischen Auffassungen anzuschließen. Wird das auch diesmal der Fall sein? Schließlich kann man in der gegenwärtigen Haltung der Bundesregierung durchaus auch ein innenpolitisches Motiv entdecken. Die Bundesregierung dürfte in den letzten Tagen gespürt haben, wie sehr im Beschluss, atomar aufzurüsten, der dem Widerstand des größten Teils der Bevölkerung trifft. Will man die gegenwärtige Haltung zur stimmungsgemäß etwas verlängern, bis nach einiger Zeit, wenn man die Rolle sein der Bevölkerung eingeschuldet hat, auch diese sich wieder trennen, wie vorher?

Es wäre schlecht, wenn die Bundesregierung nur aus diesen vor-dergründigen taktischen Motiven zu der verhältnismäßig positiven Beurteilung des sowjetischen Schrittes gekommen wäre. Dadurch würde

2. April 1958

ihre Politik im In- und Ausland nicht glaubwürdiger werden.

Wenn sie dies ernsthaft meint, dann wären noch einige Dinge zu tun. Man kann nicht auf der einen Seite von ernstem Angebot der Sowjets sprechen, man kann nicht feststellen, dass das ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Standpunkt Moskaus sei, um am gleichen Tage im offiziellen Bull tin der Bundesregierung wieder die Sprache des Kalten Krieges zu reden, indem man von der starren Haltung Moskaus spricht, von sowjetischen expansiv-revolutionären Plannungen und Zielen berichtet und erklärt, dass die Sowjets allen Versuchen zu einer Lösung der kontrollierten Abrüstung ausweichen.

Aber selbst das tritt hinter den tatsächlichen Folgerungen zurück, die man ziehen müsste, wenn man der Ansicht ist, dass sich jetzt eine Verhandlungs-Gasse mit Moskau eröffnet. Ist man dieser Ansicht, dann sollte man alles tun, um diese Chance nicht durch sein eigenes Verhalten wieder zu zerstören. Mit anderen Worten: Man sollte sofort alle Massnahmen entsprechend dem Bundestagsbeschluss vom 25. März 1958 einstellen, die auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hinauslaufen. Denn nach dem Bulletin vom 1. April 1958 beginnt die Ausbildung an taktischen atomaren Waffen "jetzt". Wenn man also der Bevölkerung mit seiner Reaktion nicht wieder Sand in die Augen streuen will, sondern ernsthaft politisch aus den sowjetischen Schritten Folgerungen ziehen will, dann kann man nicht "jetzt" beginnen, sondern muss "jetzt" alle diese Massnahmen einstellen. Nach dem wird man die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung erkennen können.

Nichts wäre aber schlechter, als wenn man erneut einen Propaganda-Coup, wie bei der Pariser NATO-Konferenz, machen will. Die Friedenssehnsucht gerade des deutschen Volkes, sein Wille zur Verständigung sind so gross und so tief, dass man damit nicht propagandistisch Schindluder treiben soll.

Die Bundesregierung verdient deshalb im Moment keine Vorschuss-Lorbeeren, sondern man kann nur nach dem üblichen Satz verfahren:

"An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen".

+ + +

Brentano als Schrittmacher Franco

sp - Was hat ein Ausserminister mit Rüstungskäufen zu tun? Diese fallen doch in die Kompetenz des dafür verantwortlichen Verteidigungsministeriums, in unserem bundesrepublikanischen Falle in die Zuständigkeit des Herrn Strauss. Ein Ausserminister als Waffen- und Munitionseinkäufer gehört gewiss zu den Besonderheiten unserer Tage. Soll dieses neue Betätigungsfeld des Herrn v. Brentano ein Ausgleich für seine völlig fehlgeschlagene Wiedervereinigungspolitik sein?

Offiziell dient die Osterreise des Bonner Ausserministers nach der iberischen Halbinsel der Regelung von noch strittigen Vermögensfragen zwischen Portugal, Spanien und der Bundesrepublik. Soweit wäre die Reise in Ordnung, wenn nicht der berechtigte Verdacht entstände, dass sich hinter diesem Ausflug des Ausserministers mehr verbirgt als nur die Leistung einer Unterschrift unter zweitrangige Abkommen. Herr v. Brentano ist Mitglied der "Abendländischen Akademie", jener Vereinigung von restaurativen Politikern und Akademikern, die Madrid als das Mekka der europäischen Restaurierer betrachten und von dort her die Impulse für ihr geistig-politisches Weltbild empfangen. Dieser recht einflussreichen und in ganz Westeuropa über Querverbindungen verfügbaren Gruppe passt es nicht, dass sich Franco-Spanien noch immer ausserhalb der NATO befindet. Dass Spanien einer Diktatur unterworfen ist und das Franco-Regime die Verneinung all der Werte verkörpert, zu deren Verteidigung sich die NATO zusammengeschlossen hat, ficht diese Abendländer nicht ins geringste an.

Brentano betritt zu einer Zeit spanischen Boden, in der Franco mit rücksichtslosen Methoden dreissigtausend asturische Bergarbeiter unterdrückt, die zur Verteidigung ihrer Rechte im Streik liegen und einer zwanzigjährigen Diktatur trotzen. Die Anerkennung der Menschenrechte gilt in Spanien nicht: Rede- und Religionsfreiheit, Achtung vor der Würde des Menschen, Koalitions- und Pressefreiheit. Als vor Jahren die Vereinigten Staaten die NATO-Mitglieder zur Zustimmung für die Aufnahme Spaniens in die NATO bewegen wollten, stiessen sie auf kühle Ablehnung bei den meisten Mitgliedern. Der Respekt vor der Demokratie und die Verachtung für das Franco-Regime erwiesen sich damals noch als nicht zu übersteigende politische und psychologische Barrieren. Die USA schlossen dann in weiser Berücksichtigung dieses Widerstandes ein zweiseitiges Militärabkommen mit Madrid, das zumindest die NATO nicht unmittelbar belastete.

Zu den schärfsten Gegnern der Aufnahme Spaniens in den Kreis der Verteidiger der Demokratie gehörte Frankreich, aber nun scheint es, als ob Paris gar nicht mehr so abgeneigt wäre, Spanien doch noch in der NATO willkommen zu heissen. Aus innenpolitischen Gründen kann Paris in dieser Frage nicht initiativ werden, es will hier Bonn den Vortritt überlassen. Den Eintritt Spaniens in die NATO könnte Frankreich dann mit dem Abschluss eines gegen die arabischen Staaten gerichteten Mittelmeerpaktes verbinden, in dem Spanien eine gleichberechtigte Führungsrolle zükäme. Die Bundesregierung wieder sucht Bündnispartner in und ausserhalb der NATO, die ebensowenig wie Portugal und Spanien an aktiver Entspannungspolitik interessiert sind.

In Erwartung des letzten Kampfes

H.E.D.- Seit Jahren schon lebt die Zuckerinsel Kuba im Zustand des latenten Bürgerkrieges. Die Rebellen unter Führung des ehemaligen Studenten der Universität Havanna, Fidel Castro, liefern den Truppen des Diktators Batista erbitterte Gefechte, ohne dass es bisher einem der Gegner gelungen ist, die Macht des anderen zu brechen. Batista kann sich zur Stunde noch auf die grossen Städte des Landes stützen, während Castro sich eine fest unzerstörbare Position in den undurchdringlichen Wäldern der Provinz Oriente im Süden Kubas geschaffen hat. Von dort aus überfallen die Aufständischen immer wieder Plantagen, kleine Ortschaften und Farmen, stechen Zuckerrohrfelder in Brand und zerstören öffentliche Anlagen. Bei ihnen ist der Vorteil des blitzschnellen Angriffes und des ebenso schnellen Rückzuges in die Wälder. Ein Erfolg in den Städten ist ihnen dagegen bislang versagt geblieben, da die organisierte Arbeiterschaft sich passiv verhielt.

Nun aber hat es den Anschein, als habe Castro zum letzten Schlag aus. Ein von ihm verkündeter Generalstreik soll ab Ostern die Bastionen des diktatorischen Regimes in Kuba zur Übergabe zwingen. Zwar hat Batista sich von dem ihm ergebenden Nationalen-Parlament die Vollmacht zur Erklärung des Belagerungszustandes verschafft und hofft damit die möglichen Streikwilligen von vornherein einzuschüchtern. Fidel Castro aber beantwortet die Massnahme mit der Forderung, seine Streitkräfte hätten den Befehl, auf alle Eisenbahnen, Strassenbahnen und Omnibusse nach Ausbruch des Generalstreiks zu schiessen.

Noch ist zur Stunde nicht entschieden, wer den Kopf durchhalten wird. Aber es hat sich schon herausgestellt, dass die Baronen Castros den Bewohnern Kubas, besonders aber den Angehörigen des Diktators an die Nerven zu gehen drohen. Vor den Geschäften in den Städten bilden sich lange Schlangen von Frauen, die versuchen, sich für die kommenden Wochen mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Strassenkarder mehrerer Provinzen haben beschlossen, ab Ostern nicht mehr zu fahren, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, von Castros Leuten ergriffen zu werden.

Die Katholische Kirche Kubas hat die Prozessionen für die Feiertage abgesagt, damit keine Zwischenfälle vorkommen sollen. Man kann sagen, dass ein Sieg Castros weniger durch die Überlegenheit der Zahl als vielmehr durch die Taktik des Nervenkrieges herbei geführt werden könnte. Und genau das tut er. Schon heute munkelt man in Havanna, Batista bereite sich auf das Exil in den USA vor.

Regierungsfunk durch die Hintertür

J.F.W. Kurz nach Ostern sollen, wie Postminister Stücklen bekanntgibt, Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten beginnen, um die Neuordnung von Rundfunk und Fernsehen in die Wege zu leiten.

Vorn es einen Punkt gab, in dem sich Koalition und Opposition in der Bundestagsdebatte über Fernsehen und Rundfunk am 28. Februar 1958 einig waren, so war es die Forderung, dass Änderungen im deutschen Rundfunkaufbau nur durch Beschlüsse des Bundestages erfolgen dürfen. Einerlei, ob man hierzu den Weg über ein Rundfunkgesetz oder über einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern, der vom Bundestag ebenso wie von den Landtagen genehmigt werden muss, wählt, die Entscheidung sollte beim Parlament liegen. Auf dieser Forderung gründete sich auch der Gemeinschaftsantrag von CDU/CSU und DP vom 28. Februar, und gerade dies Verlangen ihrer eigenen Koalition will die Bundesregierung jetzt offensichtlich übergangen.

Der Postminister kündigte nicht Besprechungen mit den Regierungen der Länder zur Vorbereitung eines Staatsvertrages an. Er stellte auch nicht die Vorlage eines Gesetzentwurfes an den Bundestag in Aussicht. Er teilte vielmehr, wie es in der APA-Meldung heisst, mit, dass er bei Dr. Stadelmayer, dem Vorsitzenden der Rundfunk-Arbeitsgemeinschaft, "auf die Bereitschaft gestossen sei", die Neuordnung von Rundfunk und Fernsehen zu erörtern.

Es bleibt unerfindlich, welche Fragen zwischen der Regierung und der Arbeitsgemeinschaft zu "erörtern" sind, falls nicht auf dem dunklen Weg der "freundschaftlichen Abmachungen" und "Arbeitsabreden" gerade der Einfluss der Bundesregierung auf die Programme der Sender festgelegt werden soll, der über einen Staatsvertrag oder ein Rundfunkgesetz nie zu erreichen wäre, weil er dem Artikel 5 des Grundgesetzes widerspricht. Wollten Dr. Adenauer und Innenminister Schröder, die bezeichnenderweise mit dem Postminister als Blickfang die Verhandlungen mit den Vertretern der Rundfunkanstalten führen werden, nicht solche antidemokratische Ziele erreichen, so wäre es überhaupt kein Verhandlungsthema zwischen ihnen und dem Rundfunk. Der Kanzler und seine Kabinettsmitglieder kommen in Rundfunk und Fernsehen jederzeit zu Wort. Freilich folgen ihnen Sprecher der Opposition, wenn sie meinungsbeeinflussend zu umstrittenen Fragen reden. Diese faire und demokratische Regelung soll jetzt zu Gunsten eines beherrschenden Einflusses der Regierungskoalition auf die meinungsbildenden Sendungen fallen.

Die Tatsache, dass die Regierung Adenauer dieses Ziel anstrebt, ist angesichts ihres distanziernten Verhältnisses zu demokratischen Gepflogenheiten kaum erstaunlich. Tief befremdend aber bleibt es, dass sich der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten zu Verhandlungen anbietet, die nur das Ergebnis haben können, die Grundlage der Überparteilichkeit zu zerstören, auf der das Gebäude des deutschen Rundfunks errichtet ist.

Wir dürfen nicht vergessen.

G.B.- Welcher Mensch erinnerte sich gern das Unrechts, das er verschuldet hat? Die Natur kommt ihm zu Hilfe: So wie sie schlechte Zeiten in der Erinnerung verklärt, läßt sie auch die eigenen Fehler und Sünden in einem versöhnlicheren Licht erscheinen. Das gilt für das Individuum ebenso wie für die Gemeinschaft eines Volkes.

Darum mag vielen Deutschen die Erinnerung an den 1. April 1933, an dem die nationalsozialistischen Judenverfolgungen einsetzten, nicht gut in den Ohren klingen. Gleich, ob man persönlich mitschuldig war oder nur tatenlos zusah, wie die Schaufenster jüdischer Geschäfte eingeschlagen, Rechtsanwälte, Apotheker und Ärzte gebrandmarkt wurden, wie an den Lokalen das ominöse Schild erschien "Juden unerwünscht" - man sollte dieses Datum zum Anlaß einer nachdenklichen Besinnung nehmen.

Der Antisemitismus war keine deutsche Erfindung, aber er trieb bei uns - forciert durch die Nazidiktatur - seine schlimmsten Blüten. Die Tatsache, daß die Juden als eingewanderte Minderheit mit einer anderen Religion, fremdartigen Sitten und historisch bedingter Ausnahmestellung sich nie ganz dem Gastvolk assimilierten, wurde von Hitler und seinen Ideologen für eine wissenschaftlich unhaltbare Rassentheorie benutzt, die die Juden als dem deutschen Volk feindliche "Untermenschen" kennzeichnete. Vergessen war die Bereicherung der deutschen Kultur durch jüdischen Geist, es begann der furchtbare Weg der Juden in's Elend - bei den Glücklicheren in die Emigration, bei der überwiegenden Mehrheit in die Verfolgung, die Kristallnacht und schließlich in die "Erlösung" der Vernichtungslager. Im gleichen Maße sank das deutsche Volk in eine Barbarei zurück, für die der gelbe Judenstern das Brandmal war.

Aber wäre es nicht besser, Vergangenes ruhen zu lassen? Diese Zeiten seien doch vorbei, meinen viele. Sind sie wirklich vorbei? Es muß nicht erst an die Affäre Zind, an die Schändung jüdischer Friedhöfe erinnert werden. Allein die ablehnende Einstellung zur Wiedergutmachung, wie sie sich vielfach äußert, zeigt, daß alte Ressentiments noch am Leben sind. Ist es nicht vielmehr so, daß - nach einem bitteren Wort von Alfred Polgar - "die Deutschen den Juden langsam zu verzeihen beginnen, was sie ihnen angetan haben?"

Niemand kann uns die Aufgabe abnehmen, begangenes Unrecht einzusehen und wiedergutzumachen. Erst dann wird jenes gute Zusammenleben mit unseren jüdischen Mitbürgern möglich sein, an dem sich die Gesittung eines Volkes erweist.

Recht auf Heimat nicht durch Atomkanonen!

Von Richard Kinat, MdB

Wenn Adenauer eines Tages nicht mehr Chef der Bundesregierung wäre - die Vertriebenen und Flüchtlinge würden seinem Abgang die wenigsten Tränen nachweinen. Denn sie sind die ersten Leidtragenden seiner Politik: ihr "Recht auf Heimat", als Phrase oft genug von der Regierung und ihrem "alten Manne" strapaziert, rückt mit jedem Tag weiter ab von seiner Erfüllung. Von der Unzulänglichkeiten im Lastenausgleich gar nicht zu reden, von der missratenen "Eingliederung".

Vertriebene wie Sowjetzonenflüchtlinge, denen das Recht auf Heimat so viel bedeutet, werden nun, nach der Atomdebatte im Bundestag, feststellen müssen, dass die Erfüllung ihrer Wünsche und Sehnsüchte kaum noch eine Chance hat. Welcher Sprecher der Koalitionsparteien kümmerte sich schon um das Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge, einmal wieder heimzukehren, als er die nukleare Aufrüstung der Bundeswehr forderte? Dafür war zuvor im Plenumsaal des Bundeshauses jene fürchterliche Entgleisung des Präsidenten der Landmannschaften, Baron von Manteuffel-Schoege, zu hören, der die Bolschewisten als das Urböse mit Atombomben ausrotten will...

Die Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, erkennen heute klarer denn je, dass ihnen die Politik Adenauers kaum das Recht zum Leben, geschweige denn das Recht auf Heimat verbürgt. Jenen Kräften, die einer gesunden und gerechten Vertriebenenpolitik auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet entgegenwirken, ist freilich der sich auf Atombomben orientierende Regierungskurs ebenso sympathisch wie den Verzichtspolitikern: beide Gruppen sind nicht daran interessiert, dass die Vertriebenen und Flüchtlinge über einen Friedensvertrag wieder in ihre Heimat kommen. Von dieser Kanzlerpolitik haben sie nichts zu fürchten.

Dreizehn Jahre sind vergangen, ohne dass man den Vertriebenen und Flüchtlingen sagen könnte: es kommt der Tag der Heimkehr, der Tag einer Lösung wenigstens der brandendsten Fragen. Die Politik Adenauers ist dabei, alle Chancen für eine mögliche friedliche Regelung - und nur so eine darf und kann es geben - zu verlieren. Die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik wäre das Ende aller Hoffnungen auf eine

gesamtdeutsche Lösung, die Voraussetzung ist für eine Regelung aller ausstehenden Territorialfragen.

Die Regierungskoalition versucht unentwegt der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass die Sowjetunion der Feind des deutschen Volkes sei - Adenauer hat das sogar einmal öffentlich gesagt. Wenn von Mitteleuropa und den Gebieten jenseits der Oder-Neisse-Linie gesprochen wird, dann so, als habe es nie ein von allen Mächten geschlossenes Potsdamer Abkommen gegeben, als habe die Sowjetunion das Territorium bis an die Elbe widerrechtlich und im Zuge eines Gewaltstreifs besetzt. So ist es ja auch nicht. Natürlich können uns - und am wenigsten eben den Vertriebenen und Flüchtlingen - die sowjetischen Praktiken nicht gefallen, und es ist die erste nationale Aufgabe des deutschen Volkes, das geteilte Deutschland wiederzuvereinigen und darüber hinaus beharrlich für einen Friedensvertrag zu werben, der auch eine Lösung für das Problem der deutschen Ostgebiete bringt. Aber kann dieses Ziel über den Anocklauf eines Wettrüstens erreicht werden? Indem sich die Bundesrepublik vom Westen atomar bewaffnen lässt, ja, später vielleicht sogar selbst Atomwaffen produziert?

Es gibt nur den Weg der Verhandlungen. Und der braucht keinerlei Vorleistungen einzuschliessen, die einen Verzicht auf Sicherheit und Freiheit zur Folge haben würden. Obwohl die Sozialdemokratie entschieden gegen den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO war, so erkennt sie doch die Rechtsverbindlichkeit der einmal geschlossenen Verträge an - allerdings ohne auf die Möglichkeiten einer Modifizierung zu verzichten und ständig dafür einzutreten, die NATO durch ein besseres System kollektiver Sicherheit in Europa zu ersetzen.

Nichts aber steht in den NATO-Verträgen von einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr! Wird sie wirklich, gegen den Widerstand des Volkes, durchgeführt, dann wird das ungelöste deutsche Problem bis zum Zerreißen weiter angespannt. Wer die Adenauersche Außen- und Rüstungspolitik bejaht, der sollte jedenfalls daran denken, dass mit ihr Wiedervereinigung und Friedensvertrag in unerreichbare Fernen rücken. Solange Adenauer regiert, schwinden die Aussichten der Vertriebenen und Flüchtlinge, einmal wieder - und zwar auf dem einzig möglichen friedlichen Wege - nach Hause zu kommen, hoffnungslos dahin.